

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZR 572/71B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Lothar L. [REDACTED],

P[REDACTED]/Brasilien, Rua das A[REDACTED], Apt. [REDACTED],

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

G e g e n

Land B e r l i n ,

vertreten durch den Senator für Inneres,

Berlin 31, Fehrbelliner Platz 2,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 14. Juni 1973 durch die Richter Wüstenberg, Zorn, Henkel, Dr. Thum und Fortmann

beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 19. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin vom 11. Februar 1971 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und anlagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt der Kläger.

Schluss

Die Prüfung des Berufungsurteils hat keinen gesetzlichen Grund für die Zulassung der Revision (§ 219 Abs. 2 ZPO) ergeben.

Der Kläger meldete am 31. Dezember 1965 erstmals global Entschädigungsansprüche an und beantragte gleichzeitig die Wiedereinsetzung in die verfallene Antragsfrist. Zur Begründung des Wiedereinsetzungsantrages berief er sich in einem am 6. Februar 1967 eingereichten "Lebenslauf" auf die unrichtige Auskunft von Wiedergutmachungsberatern in Brasilien vor etwa 10 Jahren, daß Berufs- und Gesundheitsschadensansprüche nicht bestünden.

- 3 -

Im März 1967 substantiierte er die Ansprüche auf Entschädigung für Schaden an Verträgen (Auswanderungskosten), Berufsschaden und Schaden im wirtschaftlichen Fortkommen (Versorgungsschaden). Unter Vorlage einer Auskunft der Firma G... GmbH, B..., vom 30. Dezember 1966 machte er geltend, daß er ohne die Verfolgung ab 1. Oktober 1969 ein Altersruhegeld von mindestens 600 DM monatlich erhalten hätte. Vorsorglich beantragte er die "Wiedereinsetzung der Anmeldefrist in den vorigen Stand per 1. 10. 1969", weil erst dann die Pensionsvoraussetzung - Vollendung des 65. Lebensjahres - erfüllt sei.

Die Entschädigungsbehörde lehnte den Antrag ab. Sie hielt die Fristversäumnis für verschuldet und verneinte ein Neuantragsrecht nach Art. III Nr. 1 Abs. 1 BVerfGG.

Mit der Klage fordert der Kläger nur noch Entschädigung des Versorgungsschadens. Sie ist auf § 109a Abs. 2 BVerfGG gestützt. Mit Schriftsatz vom 5. Juni 1969 hat der Kläger nochmals um die Wiedereinsetzung in die versäumte Antragsfrist nachgesucht und zur Begründung vorgebracht, er habe seinerzeit nicht ersehen können, daß er 11 Jahre vor Eintritt der Pensionierungsvoraussetzungen den Renten Antrag habe stellen müssen, um Rechtsnachteile zu vermeiden. Eine solche Verpflichtung sei dem gesamten Ruhegeldwesen fremd; mit der andersartigen Regelung des Entschädigungsrechts habe er auch bei vernünftiger Überlegung nicht rechnen können.

Die Klage ist in beiden Rechtszügen erfolglos geblieben.



Die Auffassung des Berufungsgerichts, daß hier kein Wiedereinsetzungsgegenstand vorliegt, das den an ein solches Gesuch zu stellenden Anforderungen genügt, stimmt mit der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs überein (vgl. Rnw 1971, 510 Nr. 12).

Beweist der Kläger geltend gemacht hat, in früherer Zeit bei Erkundigungen über seine Entschädigungsberechtigung unrichtige Auskünfte erhalten zu haben, fehlt es an Angaben darüber, wann und wodurch das Hindernis weggefallen ist, abgesehen davon, daß nicht erkennbar ist, bei wem er sich erkundigt hat und weshalb er diesen Wiedereinsetzungsgrund erst 13 Monate nach der Einreichung des Wiedereinsetzungsantrags vorgebracht hat.

In Übrigen beruft der Kläger sich auf Rechtsunkenntnis. Dieses Hindernis ist mit der Bevollmächtigung weggefallen. Die Vollmacht ist am 31. Dezember 1965 ausgestellt; am gleichen Tag meldete der Bevollmächtigte die Ansprüche des Klägers an. Die Firma G... beantwortete die Anfrage zum Versorgungsschaden am 30. Dezember 1966. Der Bevollmächtigte reichte diese Auskunft am 21. März 1967 bei der Entschädigungsbehörde ein, begründete den versorglich gestellten Antrag auf "Wiedereinsetzung der Anmeldefrist per 1. Oktober 1969" aber nur mit dem Hinweis, erst dann erfülle der Verfolgte die Pensionsvoraussetzungen, so daß erst dann die in § 109a Abs. 2 BGG bestimmte "Tatsache" eintreten werde. Die Rechtsunkenntnis des Klägers als Grund für die verspätete Anmeldung des Anspruchs auf Entschädigung des Versorgungsschadens ist erst in dem an

154
6. Juni 1969 beim Landgericht eingegangenen weiteren Wiedereinsetzungsgesuch geltend gemacht. Das war verspätet. Daß der Bevollmächtigte gehindert war, diesen Grund alsbald nach der Klärung des ersten Wiedereinsetzungsantrags oder doch zugleich mit dem im März 1967 wiederholten Wiedereinsetzungsgesuch vorzubringen, ist nicht behauptet. Er durfte sich nicht darauf verlassen, daß es sich bei dem Anspruch auf Entschädigung wegen Schadens im wirtschaftlichen Fortkommen um einen "Spätsanspruch" im Sinne des § 109a Abs. 2 BGB handele, für den es der Wiedereinsetzung nicht bedürfe.

Die Auffassung der Beschwerde läuft darauf hinaus, im Streitfalle den Anspruch auf Entschädigung des Versorgungsschadens von der Anmeldefrist auszunehmen. Das widerspricht der eindeutigen Regelung in § 189 Abs. 1 Satz 3 BGG. Mit Ausnahme des Anspruchs auf Soforthilfe (§ 141 BGG) und des Antrags auf Härteausgleich (§ 171 BGG) gilt die Anmeldefrist für alle Ansprüche (BGG aaO).

Für eine erweiterte Auslegung der §§ 189, 189a BGG ist kein Raum. Auf die Grundstoffe der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts BvR 1970, 160 über die Abhilfe kommt es nur an, wenn sich eine rechtsbeständige Anspruchsregelung später als unrichtig erweist. Daran fehlt es hier.

Wüstenberg

Henkel